

Wer trägt die Demokratie der Zukunft?

Und wer die Zukunft unseres Planeten?

"Ich sage Ihnen, dass wir unsere Kinder in einen globalen Schulbus hineinschieben, der mit 98% Wahrscheinlichkeit tödlich verunglückt.¹" So bewertete der renommierte Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber vergangenen August den Erfolg der bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Es wirkte wie ein Aufruf so kurz vor der Bundestagswahl im Herbst. Ein Aufruf an die wahlberechtigten Menschen unseres Landes, dieses Unglück abzuwenden.

Nach der Wahl hörte man jedoch vermehrt Stimmen, die an der Jugend kritisierten, sie würde ja selbst nicht die *richtige* Entscheidung für ihre eigene Zukunft treffen. Sie selbst würden den Schulbus von der Straße abbringen.

Denn bei der Bundestagswahl 2021 zeigt sich in den Stimmanteilen der unter 25-Jährigen und den Ergebnissen der Juniorwahl eine Tendenz zu scheinbar gegensätzlichen Positionen. FDP und Grüne sind die Parteien mit den größten Stimmanteilen und den größten Gewinnen im Vergleich zur letzten Bundestagswahl^{2/3}. Der Zulauf zu den Grünen ist offensichtlich für alle verständlich. Aber warum zur FDP? Offensichtlich war dieser für viele überraschend, denn die Frage nach den Gründen wurde immer wieder, mal direkter und mal indirekter, in den Medien und der öffentlichen Diskussion gestellt. Es finden sich zahlreiche Artikel mit Überschriften wie „Warum haben so viele junge Menschen die FDP gewählt?“⁴. Ja warum wohl? Gerade in der Pandemie und der Zeit des endlosen Homeschoolings sollte klar geworden sein, wie weit Deutschland im Thema Digitalisierung hinterherhinkt. Dass die FDP dieses Thema schon seit Jahren vorantreiben will und auch in den sozialen Medien präsenter ist als andere, macht die Partei für junge Wähler*innen attraktiv. Die politischen Inhalte der FDP stehen einem stärkeren Klimaschutz außerdem nicht entgegen, nur der Weg dorthin unterscheidet sich von dem der Grünen. Die Liberalen setzen darauf, dass der Markt das schon regeln wird, unterstützt von Innovation, und pochen immer wieder auf die persönliche Freiheit jedes Einzelnen. Auch das ist eine Erklärung für die hohen Zustimmungswerte unter Jugendlichen. Die Unterstellung, dass diese Gruppe sich nicht für eine eigene lebenswerte Zukunft interessiert, ist ein Versuch, der Jugend die Schuld für die miserablen Zukunftsaussichten in die Schuhe zu schieben. *Die wollen ja auch nicht verzichten, also selbst schuld.*

Ausgehend davon könnte man schon meinen, die Jugend sei in der Art der Zukunftsvorstellung in grundsätzlich verschiedene Lager geteilt. Die einen demonstrieren und wollen Veränderungen am besten sofort, um die Erderwärmung in einem verträglichen Rahmen zu halten. Die anderen setzen auf einen Fortschritt durch Innovationen, die unser Land nach und nach erneuern werden. Gerade deshalb müssen diese beiden Hälften meiner Meinung nach miteinander in den Dialog kommen, um konstruktiv an Lösungen für die aktuellen und kommenden Probleme unseres Landes und unseres Planeten arbeiten zu können. Und das am besten so früh wie möglich, nämlich in der Schule. Dort kommen zwangsläufig verschiedene Ansichten zusammen, denn jeder von uns stammt aus einem anderen sozialen Umfeld. Nicht jeder hat Eltern oder Geschwister zuhause, mit denen am Abendessen über die Tagespolitik diskutiert werden kann. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Schule einen Raum bietet, in dem sich alle Jugendlichen über die aktuellen politischen Ereignisse austauschen können, ohne Gefahr sofort bewertet zu werden. Besonders im Wahljahr sollte man mehr über die Parteien

¹ Danijel Višević: <https://twitter.com/visevic/status/1431012057143463937>, erschienen am 26.08.2021, aufgerufen am 07.01.2022

² Kumulus e.V. (Hrsg.): Endergebnisse Juniorwahl 2021. <https://www.juniorwahl.de/juniorwahl-btw-2021.html>, erschienen am 26.09.2021, aufgerufen am 07.01.2022

³ Tagesschau (Hrsg.): Bundestagswahl 2021. Wen wählten Jüngere und Ältere? <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-alter.shtml>, erschienen am 27.09.2021, aufgerufen am 07.01.2022

⁴ Anja Engelke: Warum haben so viele junge Menschen die FDP gewählt? <https://www.hessenschau.de/politik/bundestagswahl/warum-haben-so-viele-junge-menschen-die-fdp-gewaehlt,junge-fdp-waehler-100.html>, erschienen am 02.10.2021, aufgerufen am 02.03.2022

wissen als grobe Vereinfachungen wie *die Union ist halt konservativ, die FDP steht für Freiheit oder so* und *die Grünen wollen die Welt retten*. Um sich eine eigene Meinung bilden zu können und nicht nur die eines anderen zu übernehmen, muss man diese anhand der Inhalte und Positionen der Parteien begründen können. Davon lebt eine Demokratie!

Dieser Standpunkt, kombiniert mit den Fakten zum Klimawandel, die im Gegensatz zur aktuellen Politik jedes Jahr in drei verschiedenen Fächern besprochen werden, sollte zu einer politischen Grundhaltung führen, die den Klimaschutz und die Stärkung aller demokratischen Strukturen als oberste Ziele nennt. Und das ist es doch, worauf die Schule uns Jugendliche vorbereiten soll: Wir sollen dazu fähig sein, auf eigenen Füßen zu stehen, verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen und uns im Chaos zwischen Globalisierung und Digitalisierung zurechtfinden können. Doch das Leben ist eben keine Gleichung, die man mit der Mitternachtsformel lösen kann. Das Leben ist komplex und verlangt uns einiges ab. Je mehr Hintergründe man von dem kennt, was täglich in den Nachrichten kommt, desto weniger kommt es zur vielseitig zitierten Politikverdrossenheit, die uns Deutsche angeblich auszeichnet. Je mehr man sich der verschiedenen politischen Entscheidungsfindungsprozesse und der Einflüsse auf eine Gesetzgebung bewusst ist, desto weniger Anfälligkeit für anti-staatliches Denken und Demokratiefeindlichkeit besteht. Weil man versteht, oder sich zumindest darum bemüht zu verstehen, was *da oben* so abgeht.

Aber „wer nichts weiß, muss alles glauben“⁵. Wer diese politische Bildung nie erfahren hat, der glaubt dem Facebook-Post, dem Twitter-Troll und der vereinfachend-überzeugend argumentierenden Tante, die zum Tee-trinken kommt. Wer aber Fakten kennt und weiß, was Unsinn ist, der kommt kaum in die Versuchung einfach zu glauben. Wir brauchen keine Ersatzreligion für all die aus der Kirche Ausgetretenen. Wir brauchen Menschen, die wissen. Wissen, wie Politik funktioniert und wie sie ein Teil davon sein können. Und zwar mit Argumenten, die auf Fakten basieren. Die Verbreitung von Fakenews wird keiner von uns stoppen können. Aber die Verbreitung des Gedankenguts, das hinter diesen Meldungen steckt, die können wir sehr wohl aktiv bekämpfen. Wir alle.

Gerade in den letzten Jahren spielen Falschinformationen eine immer größere Rolle. Egal ob im Wahlkampf oder in der Impfkampagne, immer wieder sieht sich die Politik mit der Verbreitung von Informationen in Lichtgeschwindigkeit und der scheinbar unzweifelhaften Richtigkeit des Internets konfrontiert.

Viele sehen sich zudem durch die Beschränkungen der Corona-Pandemie in ihren Grundrechten verletzt. Dass sie die Auflagen hinterfragen, ist zuerst einmal ein gutes Zeichen. Aber es gibt einen Unterschied zwischen Kritik an der Wirksamkeit mancher Maßnahmen zum Schutz vor dem Virus und den Märchenerzählungen der Verschwörungstheoretiker*innen. *Mit denen kann man nicht mehr diskutieren*, das sagen viele. Aber wenn wir nicht versuchen, die Ängste dieser Menschen zu hören, ihnen Fakten nahezubringen und ihnen die Chance zu geben, die Absurdität ihrer Gedanken selbst zu verstehen, dann wird der Stimmanteil der rechtsextremen Parteien bei der nächsten Bundestagswahl wieder deutlich zulegen.

Dafür sind wohl kaum wir Schüler*innen allein zuständig, aber auch wir könnten im Kleinen einen Unterschied machen. Man sollte in der Schule über solche Themen sprechen. Wie gehe ich mit Impfskeptiker*innen in der eigenen Familie um? Welche Argumente sind vielleicht überzeugender als andere? Wie überzeuge ich meine Eltern davon, dass ich mich impfen lassen darf? Und wenn nur eine oder einer aus jedem Bekanntenkreis seinen bisherigen Standpunkt hinterfragt, vielleicht doch zum Impfen geht und sich als Teil einer solidarischen Gesellschaft sieht, haben wir alle etwas dazugewonnen.

Die in diesem Zusammenhang so oft genannte Freiheit des Einzelnen ist ein hohes Gut unserer Demokratie. Aber wer die ersten Artikel unseres Grundgesetzes liest, wird recht schnell bemerken, dass dieser Freiheit

⁵ Aphorismen (Hrsg.): Maria von Ebner-Eschenbach. <https://www.aphorismen.de/zitat/151206>, o.D., aufgerufen am 14.01.2022

Grenzen gesetzt sind. Sie endet dort, wo sie die Rechte eines anderen Menschen verletzt⁶. Ob es nun das Recht auf körperliche Unversehrtheit, also dem Schutz vor einer schwerwiegenden Erkrankung, ist oder das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Und wenn man diesen letzten Punkt bedenkt, ist die Einstellung immer nur höher, schneller, weiter eben kaum mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045⁷ vereinbar, dem wir uns in eigenem Interesse eigentlich alle verpflichtet sehen müssten. Außer natürlich wir wollen es nicht sehen und werden auch in der Schule nicht gezwungen, uns mit dem eigenen Verhalten auseinanderzusetzen und uns der Einstellung zur eigenen Verantwortung bewusst zu werden. Man darf niemandem eine politische Meinung vorschreiben. Aber man kann versuchen, die verschiedenen Vorstellungen, die wir für Deutschland und Europa haben, so zu vereinen, dass die Zukunft lebenswert ist und zwar für alle Menschen in unserem Land. Denn das höchste Gut ist und bleibt die Würde des Menschen.

Das wurde im April letzten Jahres auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Die Politik darf die Reduktion von Treibhausgasen nicht in die ferne Zukunft verschieben, damit sie sich jetzt nicht darum kümmern muss⁸. Das ist ein riesiger Erfolg für die heutige Jugend. Und doch hat eben diese Jugend in Teilen erstaunlich wenig davon mitbekommen. Dass da so ein Urteil war zum Klimaschutz, das wissen viele noch. Aber wäre es nicht DAS Thema für den Unterricht? Doch um Diskussion und Austausch über aktuelle politische Themen in der Schule zu ermöglichen, müsste man noch viel tiefgreifendere Änderungen vornehmen. Öfter wiederholen sich Inhalte in den Lehrplänen verschiedener Fächer. Würden diese Doppelungen wegfallen, hätten die Lehrkräfte Freiräume, um Geschehnisse in Politik und Gesellschaft aufzugreifen, die nicht klausurrelevant sind und würden trotzdem genug Inhalte für Leistungsnachweise besprechen können. Diese Exkurse in die Realität könnten in unterschiedlichster Form erfolgen. Egal ob man sich mit der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts beschäftigt oder mit der Reaktion der Politiker*innen. Wir sprechen immer nur darüber, was alles nicht getan wird für den Klimaschutz. Darüber, dass die Protestierenden von FridaysForFuture das lieber den Profis überlassen sollen⁹. Wir sollten auch mehr darüber erfahren, wenn einfache Schüler*innen einen solchen Durchbruch erreicht haben. Denn es ist möglich, Einfluss zu nehmen. Und zwar auf viele Arten und Weisen.

Um uns dieses Einflusses bewusst zu sein, brauchen wir mehr politischen Dialog im schulischen Rahmen. Und ich spreche hier nicht vom Auswendiglernen sämtlicher Parteivorsitzenden, sondern von der Beschäftigung mit den Positionen der Parteien in aktuellen gesellschaftlichen Themen, deren Programmen und deren Politikstil. Für mich ist politische Bildung ein zentraler Bestandteil des Schulbesuchs. Ob Meinungsaustausch oder hitzige Diskussion, so können wir Deutschland nicht nur mit unserem Wissen und Können, sondern mit tief verankerten Werten und einem klaren Bekenntnis zur Demokratie voranbringen. Und nur dann können WIR in Zukunft ein vernünftiges und gut durchdachtes Kreuzchen auf dem Wahlzettel machen. Denn wenn wir die Demokratie nicht tragen, wer dann?

⁶ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. <https://www.bundestag.de/gg>, erschienen am 23.05.1949, aufgerufen am 02.03.2022

⁷ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Klimaschutzgesetz 2021. Generationenvertrag fürs Klima. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>, o.D., aufgerufen am 14.01.2022

⁸ Tagesschau (Hrsg.): Bundesverfassungsgericht. Klimaschutzgesetz in Teilen verfassungswidrig. <https://www.tagesschau.de/inland/klimaschutzgesetz-bundesverfassungsgericht-101.html>, erschienen am 29.04.2021, aufgerufen am 15.01.2022

⁹ Spiegel (Hrsg.): FDP-Chef gegen Schülerdemos fürs Klima. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/christian-lindner-schueler-sollen-in-freizeit-fuer-klimaschutz-demonstrieren-a-1257086.html>, erschienen am 10.03.2019, aufgerufen am 15.01.2022